

Spanien

Esther Barbé

Das Jahr seit dem Treffen des Europäischen Rats im März 2003 und der Ernennung von José Luis Rodríguez Zapatero zum spanischen Regierungschef im April 2004 war die Zeit eines nie erlebten Wandels in der neueren spanischen Geschichte. Die Terror-Attentate vom 11. März in Madrid, das Ergebnis der Wahlen, die mit dem Sieg der Sozialisten über die Partido Popular endeten, führten Spanien von A (Aznar) nach Z (Zapatero). Diese Metapher, die erstmals von der Wochenzeitschrift *The Economist*¹ benutzt wurde, drückt die radikale Veränderung sehr passend aus, die der Regierungswechsel in Spanien für das Haus Europa und die internationalen Beziehungen bedeutet. Die zentrale Rolle Spaniens befindet sich zu einem Zeitpunkt im Wandel, zu dem die Optionen dieses Landes bedeutende Auswirkungen sowohl in Europa (Ablehnung des Verfassungsentwurfs) als auch in der Welt (entschlossene Unterstützung der amerikanischen Irakpolitik) haben. Im Januar 2004 definierte Aznar seine Vision der internationalen Position Spaniens, indem er betonte: „Plötzlich befinden wir uns auf der obersten Ebene“². Die Wahlen vom 14. März, drei Tage nach den Attentaten von Madrid, zeigten, dass die internationale Orientierung Spaniens große Auswirkungen auf das Ergebnis dieser Wahlen hat – während die Rückorientierung Spaniens durch die Regierung Zapatero auf internationaler Ebene im Ausland große Wirkung zeigt. Die Zustimmung der sozialistischen Regierung zur Logik der Machtverteilung im Verfassungsvertrag (doppelte Mehrheit) und die Ankündigung des Abzugs der spanischen Truppen aus dem Irak führten das Land auf die „oberste Ebene“, denn diese Entscheidungen wirkten sich unmittelbar auf die Politik anderer Staaten aus.

Die Verteidigung von Nizza und des Christentums

„Ich liebe Frankreich so sehr, dass ich verliebt in Nizza bin“³. Dieser ironische Ausspruch von José María Aznar anlässlich eines bilateralen spanisch-französischen Treffens im November 2003 definierte sehr genau die spanische Position im Konvent und auf der Regierungskonferenz.⁴ Tatsächlich hatte sich Spanien bei den Verhandlungen zum Vertrag von Nizza vor allem durch seine erbitterte Verteidigung des Wahlsystems im Rat hervorgehoben. In diesem Zusammenhang erkannte Außenministerin Ana Palacio die Legitimität des Konvents nicht an, um so das Thema Wahl im Rat zur Sprache zu bringen, das nicht Bestandteil ihres Mandats war. Der Verfassungsentwurf zur Beschlussfähigkeit des Rates (Mehrheit der Staaten und 60% der Bevölkerung) wird in Spanien als die Durchsetzung französischer und deutscher Interessen gesehen, die von Giscard d’Estaing unterstützt wurden. Die Ausführungen des Konventspräsidenten, Spanien sei mit diesem Thema isoliert, riefen eine starke Reaktion seitens der Spanier hervor, die schließlich erreichten, dass wei-

* Übersetzt aus dem Spanischen von Lisa Förster.

Die Autorin dankt Laia Mestres für die zur Verfügung gestellten Dokumente

1 „Europe without Aznar“, *The Economist*, 20. März 2004.

2 „La visión desde España“, *The Washington Post*, 14. Januar 2004, in: <http://www.la-moncloa.es>.

3 „España se incorpora al proyecto de defensa europea con Francia, Alemania y Reino Unido“ *El País*, 7. November 2003.

4 Vgl. Spanien, *Jahrbuch der Europäischen Integration 2002/2003*, Bonn 2003, S. 399-406.

tere Staaten (Vereinigtes Königreich, Irland, Dänemark, Polen, Österreich, Zypern, Litauen und Schweden) sie bei der Suche nach neuen Vorschlägen für die Regierungskonferenz unterstützten.

Die spanische Haltung ließ wenig Raum für die Suche nach neuen, alternativen Vorschlägen, wenn wir uns die Aussage der Außenministerin vor Augen halten, dass der Vorschlag des Konvents „ein Verstoß gegen die Interessen Spaniens sei, Interessen, die nicht laufenden Änderungen unterworfen seien und die von der spanischen Regierung aufrechterhalten werden“.⁵ Es steht außer Frage, dass Nizza sich in eine nicht zu übertretende Linie für die Regierung Aznar entwickelte. Polen, das die spanische Haltung teilte, schuf den Slogan „Nizza oder Tod“, im Falle Aznars könnte man von „Nizza oder klein“ sprechen. Diese Haltung teilten nicht alle politischen Kräften in Spanien. Die Sozialistische Partei, die zwar ebenfalls die Haltung vertritt, Spanien sollte die Rolle eines großen Staates innerhalb der Union einnehmen, kritisierte die Haltung der Regierung Aznar mit mehreren Argumenten: Nizza sollte keine „Red Line“ sein, man müsste Verhandlungskoalitionen suchen und nicht isoliert (mit Polen) bleiben, oder man müsste Mehrheiten nicht nur innerhalb des Rates, sondern auch innerhalb des Parlaments suchen (Aznar hatte in Nizza 14 der 64 spanischen Sitze im Europäischen Parlament aufgegeben).⁶

Die Regierungskonferenz führte dennoch zu einer Überprüfung der spanischen Position, ohne dass man eine konkrete Antwort gefunden hätte. „Nizza ist nicht die Bibel“, sagte Aznar während des Europäischen Rats in Brüssel im Oktober.⁷ Aus Madrid kam die inoffizielle Aussage, einer möglichen Modifizierung von Nizza und dem Verfassungstext zuzustimmen, wenn die Stimmgewichtung Deutschlands angepasst werden würde. Aufgrund der Weigerung Frankreichs, an den Verhandlungen teilzunehmen, konnte beim Europäischen Rat im Dezember nicht festgestellt werden, ob der spanische Verhandlungsspielraum ausgeschöpft war. Die Aussage Schröders nach dem Scheitern des Europäischen Rats, einige Länder sollten Pionierarbeit leisten und andere hinter sich lassen, wurde in Spanien sehr negativ aufgenommen, denn die Sorge, der allgemeinen Entwicklung hinterherzuhinken, war seit dem Beitritt Spaniens zur EU tief in der spanischen Europapolitik verwurzelt.⁸

Während der Arbeiten im Konvent und der Einigung über den Verfassungsentwurf muss das Interesse Spaniens, eine bevorzugte Beziehung mit Polen aufzubauen, betont werden. 2003 waren Spanien und Polen durch drei Themen verbunden, die im Gegensatz zur französisch-deutschen Achse standen: Die Verteidigung von Nizza, was in einem gemeinsamen Artikel der Außenminister beider Länder zum Ausdruck kam.⁹ Schließlich die bedingungslose Allianz mit den Vereinigten Staaten in Bezug auf den Irak und die Erwähnung des Christentums in der Präambel der Verfassung. So hatte der Spitzenkandidat des Partido Popular für die Nachfolge Aznars, Mariano Rajoy, von intensiven Beziehungen zu Polen gesprochen und diese auf das Niveau der Beziehungen gestellt, die das Land zu Deutschland und Italien unterhält (jährliche bilaterale Gipfeltreffen).¹⁰ Im November 2002 fand das erste bilaterale Gipfeltreffen zwischen Polen und Spanien statt. Ein Punkt, der Polen und Spanien innerhalb des Verfassungsprozesses geeint hatte, war zweifellos die Rolle der katholischen Lobby. Aznar hatte zwischen Februar 2003 und Januar 2004 drei persönliche Treffen mit dem Papst. Aznar verteidigte systematisch den Standpunkt, dass

5 Sitzungstagebuch (Gemischter Ausschuss für die Europäische Union) 7. Oktober 2003, Num. 151, S.3706, in: <http://www.congreso.es>.

6 Siehe die Intervention des sozialistischen Abgeordneten Estrella Pedrosa in ebd.

7 „Aznar: Niza no es la Biblia“ El País, 17. Oktober 2003.

8 Siehe E. Barbé: *La política europea de España*, Barcelona, Ariel, 1999.

9 A. Palacio / Cimoszewicz, W.: „How to keep the balance in Europe's new treaty“, *Financial Times*, 26. September 2003.

10 Mariano Rajoy: „España en el mundo“, *Política Exterior*, Nr. 97 Januar/Februar 2004, S. 148.

„die europäische Idee mit der christlichen europäischen Tradition“¹¹ verbunden sei. Die Außenministerin Ana Palacio fand es ihrerseits erforderlich, dass in der Präambel der Verfassung „die christlichen oder christlich-jüdischen Wurzeln“ Europas erwähnt würden, ohne dass hierdurch Europa ein „christlicher Klub“¹² werden solle. Hier muss man sich stets die entschlossene Unterstützung Spaniens zum EU-Beitritt der Türkei vor Augen halten.

Zwischen dem französischen Nachbarn und dem amerikanischen Freund

Die Unstimmigkeiten Spaniens mit der französisch-deutschen Achse während des letzten Jahres der Regierung Aznar beschränkten sich nicht nur auf die Verfassungsverhandlungen. Der Bereich Wirtschaftspolitik war das Szenario ständiger Auseinandersetzungen zwischen dem Paar Aznar/Blair, den Impulsgebern der Strategie von Lissabon, und der französisch-deutschen Achse. Die Kritik Aznars an diesen beiden Staaten, die er beschuldigte, eine dynamische europäische Wirtschaftsentwicklung zu verhindern,¹³ erreichte besondere Bedeutung durch die Nichteinhaltung des Stabilitätspakts von Frankreich und Deutschland im November 2003. Die Entscheidung der EU-Finanz- und Wirtschaftsminister mit vier Gegenstimmen (Spanien, Holland, Österreich und Finnland), die Regeln des Paktes nicht anzuwenden, um so Sanktionen gegen die beiden großen Staaten zu vermeiden, rief eine empörte Reaktion der spanischen Regierung hervor. Hierzu gehörte das Schreiben an die Irische Präsidentschaft des Europäischen Rats im Frühjahr – eine Initiative von Aznar, die von sechs Staaten unterzeichnet wurde (Spanien, Niederlande, Italien, Portugal, Polen und Estland). In diesem Schreiben wurde die „Anwendung der Regeln in ständiger und nicht diskriminierender Weise“ gefordert, ebenso die Näherung an die Hauptpunkte der Strategie von Lissabon. Es sei daran erinnert, dass dieses Schreiben im Februar 2004 dem wichtigen Treffen von Chirac, Blair und Schröder in Berlin vorausgegangen war. Bei dem Treffen wurden allgemeine Fragen in Bezug auf die Reform der EU und die Ankurbelung der Wirtschaft erörtert, sowie konkrete Fragen wie die Nominierung des nächsten Kommissionspräsidenten. Der Verstoß gegen den Stabilitätspakt durch Frankreich und Deutschland sowie die Treffen der großen Staaten, um über die Zukunft der Union zu verhandeln, betreffen zentral zwei Themen, die der Regierung Aznar stets Sorge bereitet hatten: Die besondere Rolle der französisch-deutschen Achse beim Bau des Europäischen Hauses und die Bildung von Ausschüssen, an denen Spanien nicht teilnehmen könnte.

Die gesamte Politik Aznars (enge Beziehungen zu Großbritannien und den Vereinigten Staaten, genaueste Einhaltung der Bestimmungen im Bereich Finanzpolitik, Akzeptanz einer Politik der großen Staaten und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) war auf eine andersartige Union hin orientiert (mehr in Übereinstimmung mit den Merkmalen eines Europa der 25), in der der angelsächsische Liberalismus, eine transatlantische Ausrichtung und das Gewicht der großen Staaten betont wurden, verbunden mit einer gewissen Resignation, einen Großteil des Kuchens der Regional- und Kohäsionsfonds zu verlieren.

In einem Interview mit der Zeitung *Le Monde* wenige Tage vor den Wahlen ließ Aznar keinen Zweifel an seinen Meinungsverschiedenheiten für den „französischen Nachbarn“ an seinem Europamodell, an seinen Sympathien zum „amerikanischen Freund“ und an seinem Wirtschaftsmodell. Seine Vorstellung von Europa definierte sich über „ein politisch und wirtschaftlich starkes Europa mit mehr Einfluss in der Welt“. Seiner Meinung nach

11 Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. November 2003.

12 Siehe Anmerkung 6, S.3706.

13 „Aznar hits at Europe's loss of direction. Franco-German ambitions are a dangerous fantasy, Spain's leader tells“, *The Times*, 28. Februar 2004.

würde dies durch „starke Nationalstaaten, eine äußerst wettbewerbsfähige Wirtschaft und eine sehr starke transatlantische Anbindung“¹⁴ erreicht. Spanien stand während des Verfassungsentwurfs allen Vorschlägen stets positiv gegenüber, die zu einer politischen Stärkung der EU beitrugen. Bei der Entwicklung der Verteidigungspolitik zeigte sich Spanien mit den Mechanismen dieser Politik einverstanden und wies gleichzeitig auf spezielle Themen hin, wie die Gründung eines Verteidigungsrates oder die Aktivierung der Solidaritätsklausel unter den EU-Staaten.¹⁵

Der starke Nationalstaat wirkte laut Aznar nach innen. Dies zeigte er durch die Ablehnung von föderalistischen Vorstellungen der EU. Doch der Begriff eines starken Nationalstaats wandte sich auch nach außen. In diesem Zusammenhang vertrat Aznar die Meinung, die internationale Stärke Spaniens sei vor allem auf die Politik seiner Regierung gegenüber Frankreich zurückzuführen. Er sagte, dass seit dem Jahr 1800 „die Entscheidungskraft Spaniens in Fragen der Außenpolitik Frankreich untergeordnet war, dies ist nun nicht mehr der Fall. Einige sind deswegen glücklich und andere nicht. Ich bin zufrieden, dass Spanien nun seine eigenen Entschlüsse umsetzen kann“.¹⁶

Bei dem Begriff eines wettbewerbsfähigen Staates lehnte Aznar den sozialdemokratischen Konsens ab, der, ihm zufolge „ein Modell geschaffen hat, das Europa nicht förderlich war (...) und Tausende arbeitslos gemacht hat“.¹⁷ Das Modell Aznars findet sich in der Strategie von Lissabon wieder. Von hier aus ließ sich der europäische Einfluss auf die Welt ableiten: Mehr Wettbewerbsfähigkeit schafft mehr Einfluss. Aznar kritisierte die europäischen Sozialdemokraten heftig, die sich – abgesehen von Tony Blair – in der Krise befinden.

Die Begrifflichkeit der transatlantischen Beziehungen Aznars zeigt seinen Willen, einen gemeinsamen Bereich in Politik, Wirtschaft und Verteidigung zu schaffen. Der gemeinsame Bereich, die atlantische Gemeinschaft, wurde von der spanischen Regierung bestätigt. In einer Rede vor dem Kongress der Vereinigten Staaten im Februar 2004 sagte José María Aznar: „Die transatlantischen Beziehungen seien ohne die Einbeziehung des amerikanischen Kontinents in seiner Gesamtheit nicht vollständig“.¹⁸ So verwandelte er die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten in eine Beziehung Europa – amerikanischer Kontinent, in der, laut Aznar, die spanischen Investitionen in Lateinamerika und die spanischsprachige Bevölkerung in den Vereinigten Staaten eine tragende Rolle spielen würden. All dies würde die Basis für die „besondere Beziehung“ bilden, die Aznar mit den Vereinigten Staaten aufbauen wolle. Bei dieser Rede definierte er sich als ein „europäischer Freund“ und als ein „solider, starker und verantwortungsbewusster Alliiertes“ der Vereinigten Staaten.

Dies belegte auch die Aufnahme von Elementen der Bush-Doktrin in seine Rede (vorbeugende Maßnahmen, *pre-emptive attacks* im Kampf gegen den Terrorismus).¹⁹ Es muss darauf hingewiesen werden, dass diese Bush-freundliche Ausrichtung seiner Rede von allen spanischen politischen Parteien mit Ausnahme des Partido Popular abgelehnt wurde. Die völlige Übereinstimmung Spaniens mit den internationalen Positionen der Regierung Bush stand in krassem Gegensatz zur öffentlichen Meinung: 90% der Spanier sprachen sich gegen einen Krieg mit dem Irak aus. Was die spanischen Truppen anbelangte, die in

14 „José María Aznar: més vérités sur l’Espagne, l’Europe et la France“, *Le Monde*, 8. März 2004.

15 Zu den spanischen Vorschlägen zur GASP s. E. Barbé / Herranz, A. / Mestres L.: „Spain“ in CFSP Watch, in: <http://www.fornet.info>; siehe ebenso den Beitrag von Ana Palacio: *European Security and Defense Policy*, CONV 706/03, CONTRIB 314, 29. April 2003.

16 Siehe Anmerkung 3.

17 Siehe Anmerkung 16.

18 Rede des Regierungspräsidenten José María Aznar vor dem Kongress der Vereinigten Staaten, 4. Februar 2004, in: <http://www.la-moncloa.es>.

den Irak entsandt wurden, wünschten sich Ende 2003 40% der Bevölkerung, dass sie zurückberufen werden sollten und weitere 44% meinten, dass diese Truppen nur bleiben sollten, wenn sie den multinationalen Streitkräften unter der Aufsicht der Vereinten Nationen unterstellt wären.²⁰ Wegen der Verschlechterung der Situation im Irak (Tod mehrerer Spanier) und der Information, dass es keine Massenvernichtungswaffen gäbe, forderte die Opposition das persönliche Erscheinen Aznars vor dem Parlament. Aznar trat am 17. Dezember 2003 zum letzten Mal persönlich vor dem Parlament auf, um dieses über den Europäischen Rat in Brüssel zu informieren. Seine Abwesenheit im Parlament und gleichzeitige Reden, wie die soeben erwähnte vor dem Kongress der Vereinigten Staaten, führten zu massiver Kritik der Oppositionsparteien.

Europas 9/11 oder Spaniens 11/3?

Am 11. März 2004 ereigneten sich die Terrorattentate von Madrid mit fast 200 Toten und 1.500 Verletzten. Diese Attentate trafen mit der Endphase des Wahlkampfes zusammen, der mit dem unerwarteten Sieg der Sozialisten am 14. März endete. Die Wahlumfragen sagten Tage vor dem Attentat den Sieg des Partido Popular voraus, allerdings ohne die absolute Mehrheit. Dies bedeutete eine Umkehrung der Voraussagen, die vor einem Jahr gemacht wurden. Im März 2003, als der Irakkrieg mit der vollen Unterstützung der spanischen Regierung begann, ging man von einem Sieg der PSOE (Partido Socialista Obrero Español) aus.²¹ Zwischen März 2003 und März 2004 litt das Image der PSOE, unter anderem in Zusammenhang mit dem „Imbroglio“ bei der Regierungsbildung in der autonomen Region Madrid nach den Regional- und Kommunalwahlen im Mai 2003. Nach dem Sieg an den Wahlurnen verließen zwei Abgeordnete der PSOE die Regionalkammer und übergaben so die Kontrolle über die Kammer und die Regierung an die PP (Partido Popular). Amigo-Verstrickungen und Spekulantentum kamen so ans Licht.

In der Innenpolitik hatten die Regionalwahlen in Katalonien im November 2003 große politische Auswirkungen auf ganz Spanien. Die Bildung einer Drei-Parteien-Regierung in Katalonien aus PSC-PSOE (katalonische Sozialisten), ERC (nationalistische Partei mit Streben nach Unabhängigkeit) und ICV (sozialistisch-ökologische Koalition) hatte erhebliche Auswirkungen: Zunächst war die seit 25 Jahren von Jordi Pujol angeführte CiU (nationalistische Koalition) nicht mehr an der katalonischen Regierung beteiligt. Die CiU war sowohl in Zeiten der PSOE als auch der PP eine der tragenden Säulen für die Regierbarkeit Spaniens. Ein zweiter Faktor war die starke Kampagne der PP gegen die neue katalonische Regierung unter dem Sozialisten Maragall, der Verfechter der Unabhängigkeit in seine Regierung aufgenommen hatte. Diese werden aufgrund der historischen Wurzeln des ICV in der Terminologie der PP als „Kommunisten“ bezeichnet. Die PSOE geriet wegen ihrer Bündnispolitik ebenfalls unter Beschuss. Koalitionsregierungen werden in allgemeiner Manier schwachen Regierungen gleichgesetzt.

Gegenüber den aggressiven und auf die Einheit Spaniens und den Kampf gegen den Terrorismus zentrierten Wahlthemen der PP richtete der PSOE seinen Wahlkampf auf internationale Themen aus (Illegalität des Irakkriegs, Rückkehr Spaniens zur französisch-deutschen Achse und Unterstützung der Vereinten Nationen), sowie auf soziale Themen (hohe Verschuldung der Familien in Spanien, Wohnungsmangel der jungen Bevölkerung, ungünstige Arbeitsverträge). Es war unverkennbar, dass es sowohl in der europäischen als auch in

19 Rede des Regierungspräsidenten, Herrn José María Aznar im Centro Superior de Estudios de la Defensa Nacional, 20. Oktober 2003, in: <http://www.la-moncloa.es>.

20 Barómetro del Real Instituto Escano, Oktober-November 2003, in: <http://www.realinstitutoelcano.org>

21 Siehe Anmerkung 5.

der internationalen Politik radikale Gegensätze geben würde, je nachdem, welche Partei an die Regierung kommen sollte. Während die PP die Unterstützung der Vereinigten Staaten im Irak befürwortete, versprach die PSOE den Rückzug der spanischen Truppen.

Durch die Attentate des 11. März entstand in Spanien die Befürchtung, dass, wie es Garton Ash²² greifbar darstellte, Madrid zum Schauplatz eines „Europe's 9/11“ oder eines „Spain's 11/3“ werden könnte. Der Umgang mit der Angst vor Al-Kaida oder der ETA war ein entscheidender Faktor für den Ausgang der Wahlen. Die Niederlage der PP war nach Meinung von Nicole Gnessoto nicht das Ergebnis der Bomben, sondern das „Ergebnis einer Mischung aus Manipulation und Einschüchterung, die drei Tage dauerte und für Millionen spanischer Wähler inakzeptabel war“.²³ Man muss auch zur Kenntnis nehmen, dass die PP vor allem in den autonomen Gebieten wie Katalonien und dem Baskenland in diesen Wahlen die Quittung erhielt. Hier wurde die Verteufelung der Nationalisten und der Sozialisten durch Aznar sehr negativ aufgefasst, hinzu kam noch die Affäre um Carod Rovira. Die politische Gruppe um Carod Rovira schaffte unter seinem Vorsitz den Sprung von einem auf acht Sitze im spanischen Parlament. Die Wochenzeitschrift *The Economist* sah vor allem die Ermüdung gegenüber dem autoritären Führungsstil Aznar's als Grund für die Niederlage an den Wahlen.²⁴

Der Sieg Zapateros warf die unbequeme Frage auf, ob Terroristen ein Wahlergebnis beeinflussen können. Die hier angeführten Themen belegen, dass der unerwartete Sieg der Sozialisten in Spanien weit über den Terrorangriff hinausging und dass die politischen Optionen auf internationaler und europäischer Ebene in diesem Fall ein wichtiges Nachspiel hatten.²⁵ So wurde gerade in diesen Bereichen die neue Orientierung Spaniens ersichtlich: Bereitschaft zur Verhandlung über die Grundlagen des aktuellen Verfassungsentwurfs und die Umkehr von Nizza, Rückzug der spanischen Truppen aus dem Irak. Die Ernennung von Miguel Angel Moratinos (ehemaliger Vertreter der EU im Nahen Osten) zum Außenminister ist das deutlichste Zeichen für eine Umorientierung der spanischen Politik: eine Rückbesinnung auf die traditionellen Bündnissen in Europa (Annäherung an Frankreich und Deutschland), die Wiederaufnahme der Beziehungen mit Marokko und der gesamten Arabischen Welt sowie die Politisierung der Beziehungen mit Lateinamerika, die in den letzten Jahren vorwiegend auf unternehmerischen Grundlagen in Form von spanischen Investitionen beruhen.

Weiterführende Literatur

- Esther Barbé (Hrsg.): „Especial: España en Europa 1996-2004“, Publicación Monográfica del Observatorio, Observatorio de Política Exterior Europea, 10. März 2004, <http://www.uab.es/iuee>.
- Miguel Angel Moratinos: „Una nueva política exterior para España“, *Análisis del Real Instituto Elcano*, 15. März 2004, <http://www.realinstitutoelcano.org>.
- Vicente Palacio / Rodrigo, Fernando: „Tiene España una política exterior?“ *Política Exterior*, Nr. 93, Mai/Juni 2003.
- Sebastián Royo / Christopher, Manuel Paul (Hrsg.): *Spain and Portugal in the European Union. The first fifteen years*, London 2003.
- José Ignacio Torreblanca: „Votar y vetar en la Unión: una interpretación de la posición española en la CIG 2003“, *Análisis del Real Instituto Elcano*, 16. Oktober 2003.

22 T. Garton Ash: „Is this Europe's 9/11?, *The Guardian*, 13. März 2004.

23 N. Gnessoto: „Dispelling confusion“, *ISS Newsletter* Nr.10, April 2004.

24 „An election bombshell“, *The Economist*, 20. März 2004.

25 Für weitere Details siehe E. Barbé / Mestres, L.: „Spanish Foreign Policy after 3/11“, *CFSP Forum*, Vol.2, Nr. 3, Mai 2004, in: <http://www.fornet.info>.